

DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

10/89

Baf-Thesendiskussion: na und!!!

Was hat's gebracht?

Vor fast einem Jahr veröffentlichte die Baf-Redaktion in der November '88 Ausgabe ihre **"10 Thesen zur antifaschistischen Politik und VVN-BdA"**. Seitdem sind 9 weitere Ausgaben erschienen, in denen sich ca 12 AutorInnen mit diesen Thesen auseinandersetzen.

Mit 2 Ausnahmen gehörten sie alle einem Gruppen- und/oder dem Landesvorstand an. Offenbar fühlten sich die ca. 500 anderen Baf-LeserInnen nicht angesprochen, ihre Stimme zu erheben. Mehrmaligen Aufforderungen an sog. "prominente" VVN-Mitglieder Stellung zu beziehen, brachten kaum Erfolg.

Die Intention der Redaktion war ursprünglich, mit der Herausgabe der Thesen die innerverbandliche Diskussion über die Zukunft der VVN-BdA in Bremen in Bewegung zu setzen. Bereits damals konnte man gewisse Stagnationstendenzen in der Mobilisierung von bisherigen und bei der Werbung von neuen Mitgliedern feststellen.

Mittlerweile haben sich diese Tendenzen - trotz oder wegen der Thesendiskussion - verstärkt. Die Ursachen hierfür sind vielschichtig, sie wurden mehr oder weniger in Baf-Artikeln öfters genannt, wenngleich sie meist nur unzureichend analysiert sind.

Nur noch 2 Monate trennen uns jetzt von der nächsten Landesdelegiertenkonferenz am 9. und 10. Dezember 1989. Bei dieser Konferenz sollen die inhaltlichen und personellen Weichen für die nächste Zukunft der VVN-BdA in Bremen gestellt werden. Meiner Meinung nach ist die Organisation unzureichend auf diese LDK vorbereitet, was ich nicht zuletzt an der fehlen-

den Resonanz auf die Thesendiskussion innerhalb der Mitgliedschaft festmache.

Nur 2 Monate um Klarheit zu schaffen über die personelle Besetzung der neuen Gruppenvorstände in Bremen-Ost, Bremen-Nord und Bremerhaven. Reicht das? Oder wird es diese Klarheit vielleicht auch in 6 Monaten nicht geben? Welchen Stellenwert hat die VVN-BdA im Bündnis "Bremerinnen und Bremer"? Welche Rolle wird die VVN-BdA einnehmen um ein antifaschistisches Bremen zu schaffen?

Fragen, Fragen und oft gibt's wenig Antworten! Vor allem fehlen die Mitglieder bei der Suche nach Antworten! Die VVN-Arbeit ruht auf den Schultern von nur wenigen Aktiven. Viele Mitglieder fühlen sich offenbar von den derzeitigen Strukturen, von der Atmosphäre innerhalb der Organisation nicht angesprochen und besuchen kaum die Sitzungen.

Ich schlage deshalb ein offenes Treffen vor, zu der die Baf-Redaktion auf Grundlage der Thesen einlädt. Bei diesem Treffen soll allen Mitgliedern die Möglichkeit geboten werden, ausführlich Stellung zu beziehen zu den Thesen, zu den darin angedeuteten Problemen und Lösungsvorschlägen. Ein solches Treffen kann Grundlage sein für den Entscheidungsprozeß zur LDK.

Wir sollten den Versuch machen (noch mal!!) die Mitgliedschaft unserer Bremer Organisation zu mobilisieren, damit wir nicht "nichts" sagen brauchen, als Antwort auf die Frage "Was hat's gebracht?"

Am Donnerstag, den 19.10.1989 lädt die Baf-Redaktion ein zur Diskussion in der Begegnungsstätte Haferkamp, Bgm-Deichmann-Straße

John Gerardo

VVN

VVN-Bund der Antifaschisten oder was?

1. Außerhalb der VVN-Bund der Antifaschisten findet eine **interessante**, vielschichtige und kontroverse **Diskussion** um Antifaschismus und zukunftssträchtige Antifaschismuskonzeptionen statt. Die VVN-BdA Bremen ist davon weitgehend unberührt.

2. Die Leitungsgremien in Bremen - hier insbesondere der Landesvorstand und der Geschäftsführende Landesvorstand - sind bedeutungslos. Diese Bedeutungslosigkeit ist nicht neu, sie fällt nur heute als Defizit auf. Die Chance aus der politischen Bedeutungslosigkeit herauszukommen und zum eingreifenden Faktor zu werden wird sehenden Auges vertan. Stattdessen wird um das "Prinzip" Hauskassierung kontra Bankabbuchungsverfahren gekämpft.

3. Die VVN-BdA Bremen ist nur noch **zum kleinen Teil eine Mitgliederorganisation**. In Teilbereichen ist die Struktur sozialer Zusammengehörigkeit noch erhalten. Der überwiegende andere Teil der Mitglieder hat sein soziales und politisches Betätigungsfeld außerhalb der VVN-BdA. Die Mitgliedschaft in der VVN-BdA ist Ausdruck der Solidarität mit Verfolgenschicksalen.

4. Aus der Entstehungsgeschichte der VVN-BdA heraus ist **der politische Ansatz rückwärtsgewandt** "Nie wieder ...". Die Warnung vor der barbarischen Vergangenheit verliert heute zunehmend an Aussagekraft. Die VVN-BdA hat es bislang versäumt, sich auf

politische Fragen der Gegenwart und der Zukunft einzustellen (z.B.: Menschenrechte, Demokratie, Massenmedien/-beeinflussung, neue Technologien/ Gentechnik usw.).

5. Die VVN leidet an sich selbst. Die gesellschaftlich aufgebrochene Solidarität mit allen Opfern des Faschismus hat nicht zu einer neuen Offensive der VVN-BdA Bremen beigetragen. Hier steht ihr ihre eigene nicht aufgearbeitete Geschichte im Wege. Wie beschämend waren z.B. noch 1985 die Diskussionen - auch in Bremen - um die Einbeziehung der Homosexuellen als Verfolgtengruppe in das O- und A-Programm der VVN-BdA.

6. Die erreichte **moralische Anerkennung** unserer Organisation - ein Verdienst vergangener Lebensarbeit - **verunmöglicht** eine aktive **Auseinandersetzung mit der Gegenwart**, wenn daraus das Postulat abgeleitet wird, wie gehabt in der Arbeit fortfahren zu müssen. Genau an diesem Konfliktpunkt sind wir in Bremen angelangt.

7. Es gibt innerhalb der VVN-BdA **keine entwickelte Diskussionskultur**. Tradition ist vielmehr das belehrende Gespräch. Andere Meinungen laufen Gefahr als Verrat an der Sache des Antifaschismus abqualifiziert zu werden.

8. Augenblicklich zehrt die Organisation in Bremen von erfolgreicher politischer Arbeit einzelner Mitglieder und dem allgemeinen Aufschwung antifaschistischer Aktivitäten. Dies führt zur Selbsttäuschung und trägt dazu bei, den eigentlichen kritischen Zustand der VVN-BdA aus dem Blickfeld zu drängen. Die **offensive Diskussion** all dieser und weiterer Fragen ist die einzige Chance die VVN-BdA Bremen in zeitgemäßer Form umzugestalten. Eine offene streitbare Diskussion wird kurzfristig an dem kritischen Zustand nichts ändern können. Es ist eher eine Verschlechterung der Situation in der VVN-BdA zu befürchten. Trotzdem gibt es nur die Möglichkeit der Auseinandersetzung der Mitgliedschaft mit diesen Problemen.

Volker Homburg

VVN und Jugend Jugend in der VVN

Unter dem Titel "**Lernprozeß Jugendarbeit**" hat die Bundesjugendkommission der VVN-BdA ein Arbeitsheft vorgelegt, in dem der derzeitigen Diskussionsstand zuerst mal der der Kommission und nicht der der gesamten Organisation, aber genau in diese Richtung zielt das Heft.

Die verschiedenen AutorInnen versuchen darzustellen, warum die VVN, die sich ja immer mehr zu einem Bund der Antifaschisten entwickelt, sich jetzt verstärkt um Jugendliche unter 25 kümmern muß. Wenngleich sie die gleiche Intention wie alle anderen Altersgruppen in der VVN-BdA haben, eine antifaschistische BRD zu schaffen, setzen sie trotzdem andere Schwerpunkte, nützen andere als sonst üblich Auseinandersetzungsformen und akzeptieren sie nicht immer, die in unserer Organisation vorherrschenden Organisationsstrukturen. Eine bornierte Zurückweisung solcher Ansprüche können wir uns nicht leisten und das gilt - wie das Heft zeigt - nicht nur für die VVN sondern auch z. B. für Gewerkschaften, Jugendverbände, etc. Mit der heutigen Jugend werden wir zukünftige und jetzige Auseinandersetzungen führen müssen, die die Bedingungen für solche Auseinandersetzungen verbessern helfen.

Das Heft gibt jedenfalls viele Anregungen für Aktivitäten, die von Jugendlichen innerhalb der VVN gemacht werden können: eigene Seminare, Workcamps, Einführung eines Jugendpressedienstes, etc. Strukturelle Verbesserungen für die Jugendarbeit könnten regelmäßige Landesjugendtreffen bringen, die von den jugendlichen Mitgliedern alleinverantwortlich durchgeführt werden, die Errichtung von Landesjugendkommissionen, aber auch die Zulassung offener Strukturen für Nicht-Mitglieder und Mitglieder.

Zu kurz im vorliegenden Heft kommt noch die Möglichkeit des Eingreifens der VVN-BdA in der kommunalen Jugendpolitik, doch diese Schwäche kann sicherlich erst überwunden werden, wenn tatsächlich die Jugendarbeit innerhalb der Organisation selbst an Ausstrahlungskraft gewonnen hat. Das Heft ist im VVN-Büro erhältlich (Kostenbeitrag DM 2,-).

John Gerardo

Es gibt noch vieles zu tun !!

LDK und ein antifaschistisches Bremen

Ein "antifaschistisches Bremen" unter dieser Losung steht im Dezember unsere Landesdelegiertenkonferenz, die den Auftakt für unsere politische Arbeit zum Beginn der 90iger Jahre einläuten soll.

Alle Kameradinnen und Kameraden sind aufgerufen, hieran mitzuarbeiten und mitzuwirken. Die Grundeinheiten unserer Landesorganisation haben die Möglichkeit, durch Delegiertenwahlen für die Landesdelegiertenkonferenz, ihren Anteil zum Gelingen einzubringen, mit zu bestimmen und zu formen, wie wir gemeinsam diese große Aufgabe anpacken und lösen können. Die Voraussetzungen sind in unserem Landesbezirk nicht schlecht, es gibt in unserem Land etliche Hinweise und Anhaltspunkte antifaschistischer Tätigkeit. Es zeigt sich in den Straßennamen nach faschistischen Gegnern, in den Skulpturen, Tafeln, Bildern und Gedenkstätten, die auf die faschistische Vergangenheit hinweisen und erinnern. Auch zeigt es sich in den Veranstaltungen, Ausstellungen und Kundgebungen, die in der Vergangenheit in Bremen durchgeführt worden sind. Wir haben als Bund der Antifaschisten einen nicht unerheblichen Anteil an dieser Entwicklung in unserem Land. Es kommt nicht von ungefähr, daß die antifaschistische Grundeinstellung in Bremen quer durch fast alle Parteien, Gewerkschaftsorganisationen, Kirchengemeinden und andere Organisationen sowie Gruppierungen geht, daß wir in Bremen schon des öfteren große, breite und gemeinsame antifaschistische Veranstaltungen hatten und daß Bremer Senatoren hierzu standen, mitgewirkt, gesprochen und Erklärungen abgegeben haben.

Von dieser Seite her gesehen, haben wir im Lande Bremen eine nicht schlechte Grundposition, doch um eine antifaschistisches Bremen zu bekommen, bedarf es mehr, denn hierzu gehört auch die Frage der Rüstung, der Völkerverständigung, der Sozialgerechtigkeit, der Umwelt mit der Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts, sowie das Rassenproblem, Asylanten- und Gastarbeiterproblem.

Auf diesen Gebieten unserer politischen Arbeit muß ein besonderer Schwerpunkt gesetzt werden. Hier haben wir

noch vieles zu tun und zu leisten, damit Bremen eine antifaschistische Stadt wird.

Helmut Peters

Carl von Ossietzky-Schule

Gerade noch rechtzeitig zum 100. Geburtstag am 3. Oktober wurde der Schule Am Bürgerpark in Bremerhaven der Name "Carl von Ossietzky" verliehen. Da die Verleihung erfolgt war, ohne daß das Lehrerkollegium oder die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit hatten mit zu entscheiden, gab es Unmut. Um diesem entgegen zu wirken hat die Schülervertretung mit einigen Lehrern mehrere Veranstaltungen organisiert, in denen das Leben und Wirken dieses Friedenskämpfers dargestellt wird. So hat am Freitag den 15.09.1989 der 1. Vorsitzende der VVN-BdA Bremen e. V. in 2 gut besuchten Zusammenkünften vor aufmerksamen Lehrern, Schülerinnen und Schülern gesprochen. Das Leben und Wirken Carl v. Ossietzkys ist ein getreues Abbild der komplizierten Prozesse in der Weimarer Republik. Bei allen Widersprüchen, dürfe nie vergessen werden, daß Carl von Ossietzky stets der Sache des Friedens verbunden war. Der Redner schlug vor, ein oder auch mehrere Kabinette zu bilden, um für die Schule eine eigene Forschung zu betreiben. Da die Ausstellung wieder der Oldenburger Uni zurückgegeben werden müßte, könnte so für die Schule ein bleibender Wert geschaffen werden. Da immer neue Schülerinnen und Schüler an die Schule kommen, bleibe das Leben Carl von Ossietzky ein fortwährendes Thema.

Willy Hundertmark

Internationale Konferenz Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg

mit Jugendorganisationen aus Bremen, Bratislava, Gdansk, Riga und Rostock

Vom 1. bis 3. September 1989 fand im Rathaus der Freien Hansestadt Bremen eine internationale Konferenz mit Jugendorganisationen aus den Partnerstädten Bratislava, Gdansk, Riga und Rostock statt.

Anlaß dieser Konferenz war der 50. Geburtstag des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939. 6 Jahre überzog der deutsche Faschismus Europa mit Terror, Krieg und bis dahin unvorstellbaren Greueln. Über 50 Millionen Menschen verloren ihr Leben.

Wenn heute Jugendorganisationen aus der CSSR, aus Polen und der UdSSR - Ländern, die in besonderer Weise unter dem deutschen Faschismus gelitten haben - mit Jugendvertretern aus der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zusammentreffen, so besteht Einigkeit in der Überzeugung, daß gerade Jugendliche und Jugendorganisationen die Aufgabe haben, der Opfer zu gedenken und für den Prozeß der Demokratisierung ihrer Gesellschaft Sorge zu tragen.

Unsere Bereitschaft Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Nationalismus und nationalen Größenwahn zu bekämpfen, eint uns im Bestreben für die Verwirklichung eines gemeinsamen Hauses Europa einzutreten.

Die in den vergangenen Wochen und Monaten neu geführten Diskussion um die polnische Westgrenze weisen wir entschieden zurück.

Ausgehend von den Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen, ist Grundlage für jede friedliche Entwicklung die Akzeptanz der europäischen Grenzen, wie sie als Ergebnis des von Hitlerdeutschland entfachten Krieges feststehen.

Wir begrüßen, daß reale Mißstände und Probleme aufgezeigt werden, nationale wie internationale Strukturen in Europa überprüft und in einem viele gesellschaftliche Bereiche umfassenden Umgestaltungsprozeß hinterfragt und verändert werden.

Wir wissen um die Verbesserungen der europäischen Zusammenarbeit. Obwohl wir immer noch von Millionen atomaren bakteriologischen, chemischen und sogenannten konventionellen Waffen bedroht werden, ist der Frieden in Europa sicherer geworden, sind erstmalig in der neueren Menschheitsgeschichte Waffensysteme verschrottet worden. Die internationale Zusammenarbeit von Jugendlichen in und mit ihren Organisationen, gerade aus befreundeten, partnerschaftlich verbundenen Städten, ist der zentrale Ansatzpunkt, aufgrund eigener, gewonnener Erfahrungen, Vorurteile abzubauen, gegenseitiges

Verständnis aufzubauen, Freundschaften zu schließen.

Wie wollen die Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen nutzen, um unsere Kontakte auszubauen zu verbessern und neue Formen von Treffen, Seminaren und gemeinsamen Freizeiten zu entwickeln.

Wir fordern die Politiker in den Partnerstädten auf mehr Kontakte von Jugendlichen zu ermöglichen und zu fördern.

Wir wollen ungeachtet ideologischer und politischer Auffassungen, offen, solidarisch miteinander umgehen und für ein Europa ohne Kriege und Waffen, Unterdrückung und Haß kämpfen.

NIE WIEDER FASCHISMUS -
NIE WIEDER KRIEG

Bremen, 3. September 1989

Damit nie wieder so etwas geschieht!!

Eingebettet in die Bremer Friedenstage wurde in diesem Jahr das Gedenken an die Opfer des Faschismus und des Krieges am 3. September auf dem Osterholzer Friedhof durchgeführt. Nach den Grußworten und den Beiträgen der türkischen Musikgruppe, sprach der Kollege Harald Schütz, Sekretär der Postgewerkschaft: "Wir wollen heute mit dieser Veranstaltung eines der schwerwiegendsten und folgenschwersten Ereignisse dieses Jahrhundert gedenken, nämlich des Ausbruchs des 2. Weltkrieges. Dabei ist das Wort "Ausbruch" schon korrekturbedürftig, denn der 2. Weltkrieg ist nicht ausgebrochen - er ist von Naziterroristen mit Unterstützung maßgeblicher Teile der deutschen Elite und des Großkapitals vorbereitet und vor 50 Jahren in den Morgenstunden des 1. September mit dem Überfall auf Polen begonnen worden ". Um die Entspannungspolitik nicht zu gefährden, muß endlich die Infragestellung der Grenzen in Europa aufhören. Viel wichtiger als provokantes Geschwätz, wäre eine konkrete Friedenspolitik. Dem 2. Weltkrieg dürfe kein nächster folgen, nicht nur weil der 2. Weltkrieg an Dimension und Menschenopfer wuchtig war, sondern weil am Ende erstmals Atombomben eingesetzt wurden. Im weiteren erinnerte der Redner an die Zustände in den Lagern wie Bergen-Belsen, im Emsland und forderte die Erinnerung wach zu hal-

ten, damit so etwas nie wieder geschieht. Eine Hoffnung sah er in dem Helsinki-Prozeß. Unser Ziel müsse sein, die politischen Machtblöcke zu überwinden, eine europäische Friedensordnung sei tragfähig und notwendig. Die Abrüstung müsse verstärkt fortgesetzt werden, damit die Ressourcen für die Friedensordnung freigesetzt würden. Notwendig sei die Veränderung des Bewußtseins. Mit der Tradition der alten Feindbilder muß gebrochen werden. Es sei auch noch viel zu tun in der Frage der Wiedergutmachung, nicht nur für deutsche Minderheiten, sondern auch für die, die hier Zwangsarbeit leisten mußten.

Zum Abschluß erklärte er, wir hätten allen Grund die Forderung "Nie wieder Krieg" und "Wehret den Anfängen" ernst zu nehmen. "2,5 Millionen Wählerstimmen für rechtsradikale oder faschistische Mehrheit geben. Diesem Ziel gilt unser Engagement, am Engagement der Gewerkschaften und den linken Parteien hat es in der Vergangenheit nicht gemangelt." Mit dem türkischen Trauermarsch wurde die Gedenkstunde beendet.

Willy Hundertmark

Europa ist ein Haus und keine Halle

Anläßlich ihres zehnjährigen Bestehens hat die Lidice-Initiative vom 9. bis 14.09.1989 in Brno und Ravensbrück/Berlin das alljährlich Seminar durchgeführt. Aus aktuellem Anlaß stand dieses Seminar unter dem Motto: "Gemeinsames Haus Europa - 50 Jahre nach Ausbruch des 2. Weltkrieges. Historische Möglichkeiten und Hindernisse." Ein Koreferent war Professor Christian Marzahl der Bremer Universität. Wir möchten die von ihm vorgelegten Thesen hier dokumentieren. Die Redaktion wird sich bemühen in den nächsten Ausgaben weitere Referate von diesem Seminar zu veröffentlichen.

Perspektiven einer multikulturellen Gesellschaft

Die Rede und die Metapher von "Gemeinsamen Haus Europa" hat Hoffnungen geweckt, die Phantasie beflügelt und sehr viele Fragen aufgeworfen. Auf eine dieser Fragen, auf die Perspektiven einer multikulturellen europäischen Gesellschaft, beziehen sich

die folgenden Thesen.

1. Die Probleme und Perspektiven einer multikulturellen Gesellschaft wurden in der Bundesrepublik Deutschland bisher zumeist in Hinsicht auf die eigene Gesellschaft diskutiert: Die Bundesrepublik als faktisches Einwanderungsland; die kulturellen und sozialen Folgen und die politischen Konsequenzen und Perspektiven. Die Perspektiven einer multikulturellen Gesellschaft bieten aber auch im Rahmen einer europäischen Selbstreflexion eine anregende und fruchtbare Orientierung. Sie ist allerdings gründlich zu durchdenken.

2. Auch für Europa ist Multikulturalität zugleich ein Faktum und ein Desiderat. Selbstverständlich bestand Europa immer aus vielen Kulturen, die sich wechselseitig beeinflussten, durchdrangen, bekriegten, befruchteten und veränderten. "Kulturen" sind dabei nicht gleichzusetzen mit Nationen oder Nationalstaaten, die bekanntlich historisch eine junge Erscheinung sind, sondern meint die verschiedenen Formen, in denen die Menschen in Europa den Austausch mit der Natur und den Mitmenschen gedeutet und organisiert haben. Insofern war Europa immer multikulturell.

Diese Multikulturalität war aber keine Beziehung gleichberechtigter Partner, sondern bestimmt von Herrschaft, Hegemoniestreben und Machtausübung. Wieder und wieder erfuhren Menschen hierdurch Unrecht, Elend und großes Leid, auch wenn zunehmend bewußt wird, daß eine Fortsetzung solcher Hegemoniebestrebungen unter den heutigen militärischen und ökologischen Bedingungen keine Sieger mehr zuläßt, ist eine europäische Multikulturalität gleichberechtigter Partner noch ein Desiderat.

3. Die Kernfrage einer multikulturellen europäischen Gesellschaft liegt in ihrer Eigenständigkeit und im Verhältnis von Einheit und Vielfalt. Das gemeinsame Haus Europa ist ein Haus, aber keine Halle, sondern in sich vielfältig differenziert.

4. Eine multikulturelle europäische Gesellschaft fällt nicht vom Himmel; sie wird nur durch Beharrlichkeit und Behutsamkeit zu realisieren sein. Die Schwierigkeiten, das zeigen alle ehrlichen Erfahrungen der Vielvölkerstaaten, sind groß. Denn eine multikulturelle Gesellschaft ist kein statischer und kein eindeutiger Zusammenhang: - Ist kein Interesse an der eigenen Si-

cherheit durch die Sicherheit der anderen ein hinreichendes Fundament?

- Was kann darüber hinaus als das Gemeinsame, Einigende gelten, verstanden als gemeinsames Erbe und als gemeinsame Verpflichtung für die Zukunft: Das Christentum? Der europäische Humanismus? Die Aufklärung? Die Menschenrechte?

- Wieviele und welche Autonomie brauchen die einzelnen Kulturen? Welche Bedeutung hat überhaupt die neue ethnische Orientierung?

5. Der von Marx als Kapitalisierung, von Weber als Modernisierung und von Elias als Zivilisation beschriebenen Prozeß ist ein historischer Vorgang zunehmender Vernetzung, Rationalisierung und Normierung, er ist längst staatenübergreifend. Gegenüber der Dynamik schienen Ethnische-regionalistische Orientierungen nur noch eine Restgröße und ihre Existenz eine Frage der Zeit.

Dennoch beobachten wir nahezu weltweit ein neues Erstarken ethnischer Orientierungen, einen Regionalismus, eine Besinnung auf die eigenen Traditionen und Kulturen.

Paradoxe Weise bewirkt der Prozeß der Modernisierung also beides: Er beseitigt spezifische ethnische Orientierungen - und bringt sie neu hervor als Widerstand gegen eine eindimensionale, funktionalistische Einheits-Moderne. Stärker als soziale Kategorien (z.B. "Klassen") bieten ethnische Orientierungen ihren Zugehörigen heute Sinn, Identität und Heimat.

6. Der Philosoph, Theologe und Pädagoge Friedrich Schleiermacher sagt in seinen pädagogischen Vorlesungen vom Wintersemester 1913/14: ein wesentliches Element jeder Nationalerziehung sei, in den Kindern einen "Sinn für das Fremde" auszubilden, ja dieser sei geradezu ein Zeichen dafür, "ob sich ein Volk auf dem Wege der Kultur oder der Barberei" befinde.

Wir alle sind Angehörige besonderer Kulturen; diese Zugehörigkeit können und sollen wir nicht verleugnen. Und wir sollen und können die Kultur, der wir angehören, die uns geprägt hat, und die wir weiterentwickeln und weitergeben, nicht verlassen. Wir müssen unseren Ethnozentrismus annehmen, aber wir müssen ihn nicht unreflektiert, überheblich und intolerant leben, sondern mit einem "Sinn für das Fremde", d.h. mit einem Bewußtsein der Existenz, Fruchtbarkeit und Gleichwertigkeit anderer Kulturen. Man könnte

diese Haltung einen aufgeklärten Ethnozentrismus nennen.

7. Woran wird man die Europäer einer multikulturellen Gesellschaft künftig erkennen? Man wird sie - hoffentlich - daran erkennen, daß es selbstbewußte Europäer sind, die im vollen Bewußtsein der Größe und des Elend europäischer Kultur und Tradition und deshalb einen aufgeklärten und toleranten Eurozentrismus leben.

Christian Marzahn

“Friedenspolitik in Bremen”

neues Buch von Christoph Butterwege

Am 18.09.1989 hat Christoph Butterwege auf einer gut besuchten Mitgliederversammlung der Gruppe-West sein neuestes Buch vorgestellt, zu dem der Herausgeber folgenden Text beisteuert:

Die Freie Hansestadt Bremen verfügt über ausgeprägte demokratische und antimilitaristische Traditionen. Hier werden seit jeher keine Orden verliehen, und militärischer Spektakel wie Großer Zapfenstreich und Soldatenvereidigungen erfreuen sich geringer Beliebtheit. Nach dem Zweiten Weltkrieg war Bremen eine Hochburg, wenn nicht sogar die heimliche Hauptstadt der Friedensbewegung unseres Landes, wo sich verschiedene Strömungen des Pazifismus und Antimilitarismus kreuzten.

An der Universität Bremen wurde die Entwicklung der Bremer Friedensbewegung und staatlicher Politik als Reaktion darauf erforscht. Das Projekt lag im Schnittpunkt zweier aktueller Tendenzen: dem zunehmenden Interesse an der Erforschung “neuer sozialer Bewegungen” und der Hinwendung zur Lokal- und Regionalgeschichtsschreibung (Geschichte “von unten”). Das Buch zeichnet die Geschichte der Bremer Friedensbewegung vor dem Hintergrund sich verändernder Rahmenbedingungen auf internationaler und Bundesebene im Übergang zum Kalten Krieg nach. Schwerpunkte bilden die Auseinandersetzungen um Wiederbewaffnung und Wehrpflicht sowie die Atombewaffnung der Bundeswehr. Behandelt werden zudem die Ostermärsche der sechziger Jahre, der Kampf gegen die Notstandsgesetze und die

Protestaktionen gegen den Vietnamkrieg.

Das Buch ist zum Sonderpreis von DM 20,- noch in einer begrenzten Auflage im VVN-Büro erhältlich.

Ausstellung über den Kindermord am Bullenhuser Damm

In der Nacht vom 20./21. April 1945 wurden im Keller der Hamburger Schule am Bullenhuser Damm zwanzig jüdische Kinder ermordet. Die jüngsten waren fünf, die ältesten zwölf Jahre alt. An den Kindern waren zuvor medizinische Versuche unternommen worden: Ihnen wurden Tuberkulose-Bakterien in die Lungen gespritzt und die Lymphdrüsen herausoperiert. Seit etwa einem Jahr beschäftigt sich eine Jugendgruppe der Oslebshäuser Kirchengemeinde mit dem Kindermord. Die Jugendlichen haben die Gedenkstätte in Hamburg zweimal besucht und im Gedenkgarten Rosen gepflanzt.

Die Ausstellung ist vom 10. - 26. November 1989 im Gemeindehaus der Evangelischen Kirchengemeinde Bremen-Oslebshausen zu sehen. Die Zusammenstellung und Gestaltung richtet sich nach modernen ausstellungspädagogischen Gesichtspunkten.

Montag, 13. November bis Sonntag, 26. November 1989: Ausstellung Mo. - Fr. 9 Uhr - 12 Uhr sowie Sonntags nach dem Gottesdienst. Nachmittags nach Vereinbarung. Führung für Gruppen: Tel. 64 02 20 oder 1 29 74

Veranstaltungen während der Ausstellung, Freitag, 10. November 1989, 19.30 Uhr:

Ausstellungseröffnung durch den Journalisten Günther Schwarberg und Oslebshäuser Jugendliche.

Samstag, 11. November und Sonntag, 12. November 1989:

Nachtwache für die Kinder vom Bullenhuser Damm mit abschließendem Gottesdienst am Volkstrauertag.

Infomaterial zur Ausstellung

Günther Schwarberg: Der SS-Arzt und die Kinder vom Bullenhuser Damm. Steidl-Verlag Göttingen. DM 9,80
Lehrerbegleitheft kann schriftlich gegen Rückporto bestellt werden beim Steidl-Verlag, Düstere Straße 4, 3400 Göttingen

Diaserie mit Begleitheft “Die Kinder vom Bullenhuser Damm” Landesbildstelle Bremen, Umlandstraße.

Gedenkstätte und Rosengarten
Vereinigung Kinder vom Bullenhuser Damm e.V.

Bullenhuser Damm 192, 2000 Hamburg 26

Tel.: 040/ 78 32 95

Bremen - West

Liebe Kameradinnen und Kameraden!!
Aus formaltechnischen Gründen müssen wir Euch erneut zu einer Mitgliederversammlung einladen, auf der die Delegierten für unsere diesjährige LDK bestätigt werden sollen.

Diese Einladung müßt Ihr 4 Wochen vor dem Wahltermin erhalten! Beim letzten Mal lagen zwischen Einladung und Termin leider nur 3 1/2 Wochen. Also, kommt bitte alle am 23. Oktober 1989 um 20 Uhr ins Büro, Bgm. Deichmann-Straße.

Auf der Tagesordnung steht:

1. Begrüßung
2. allg. Einschätzung zur polit. Lage
3. Zustand der VVN-BdA
4. Wahl der Delegierten nach unserem Statut

Unsere Situation ist vielschichtig, widersprüchlich, problematisch und kompliziert.

Deshalb liebe Kameradinnen und Kameraden: in die Hände gespußt und ran!!

Vorwärts für eine erfolgreiche LDK!
Vorwärts für ein antifaschistisches Bremen!

Für eine starke VVN-BdA!

Eure Ulli

Offenes Mitgliedertreffen zur Thesendiskussion

Die Baf-Redaktion lädt alle Mitglieder der VVN-BdA zu einem Treffen ein, bei dem auf Grundlage der bisherigen Thesendiskussion im BAF, die Probleme und Perspektiven der Organisation offen zur Sprache gebracht werden sollen. Das Treffen findet am

Donnerstag, den 19.10.1989, 20 Uhr in der Begegnungsstätte Haferkamp, Bgm-Deichmann-Straße statt.

Dieser Gedenkmarsch soll vom 2. bis 6. Juli 1990 stattfinden und führt vorbei an den verschiedenen Stationen des Todesmarsches, den die gefangenen Häftlinge aus Farge 1945 zur Lübecker Bucht machen mußten. Am Abschluß soll ein Treffen der Teilnehmer mit ehemaligen Häftlingen stattfinden. SchülerInnen und LehrerInnen werden voraussichtlich vom Unterricht freigestellt werden.

09.11., 19 Uhr im VVN-Büro

Am Markt, Mittwoch 18.10., 16 bis 18 Uhr

**Bürgerhaus Weserterrassen
Mitgliederversammlung**

21.10.1989, 15 Uhr im VVN-Büro,
"Klönnmittag" zum Thema Zwangsarbeit

| | | |
|---------------------|--------|----------|
| Johann Niedernhöfer | 2.10. | 75 Jahre |
| Johann Hinte | 6.10. | 90 Jahre |
| Anneliese Müller | 6.10. | 67 Jahre |
| Selma Vöge | 13.10. | 85 Jahre |
| Helmuth Peters | 18.10. | 65 Jahre |
| Heinrich Hannover | 31.10. | 63 Jahre |